

Kölner Stadtanzeiger vom 20.08.2013, S. 8

Beim Geld hört kommunale Solidarität auf

Land will arme Städte stärken, doch reichere Kommunen lehnen das als „falschen Weg“ ab

VON FABIAN KLASK

Düsseldorf. Schon die Ankündigung, dass finanzstarke Städte in NRW ab 2014 einen Kommunal-Soli zahlen sollen, sorgte vor einigen Wochen für viel Unruhe in den Rathäusern. Am Dienstag dürfte sich die Empörung noch einmal steigern: Dann will Innenminister Ralf Jäger (SPD) verkünden, welche Städte zum Klub der Zahler gehören. Vom kommenden Jahr an will das Land bei den reicheren Städten und Gemeinden des Landes jährlich rund 182 Millio-

meinden saniert werden sollen. Zum Klub der Hilfeempfänger gehören Großstädte wie Duisburg oder Hagen, aber auch kleinere Gemeinden wie Kürten oder Bergneustadt. Das Ziel der Hilfe sei klar, sagt Minister Jäger: „Wir wollen, dass diese Kommunen wieder handlungsfähig werden.“

Doch der Widerstand bei denen, die zahlen sollen, ist groß: Die Interessenvertreter der Städte und Gemeinden nennen den Soli den „falschen Weg“. Die FDP wettert gegen „rot-grüne Umverteilungs-politik“: „Wer spart, wird bestraft,

wer nicht spart, bekommt zusätzliches Geld“, sagt FDP-Kommunal-experte Kai Abruszat. Attendorn, Monheim, Drolshagen: Zahlreiche Städte wollen gegen den Soli klag-

en. Alle Beteuerungen des Ministers, dass keine der reicheren Kommunen überfordert werden soll, beruhigen die Gemüter bisher nicht. Viele Kämmerer haben schon nachgerechnet, ob sie von der Zwangsabgabe betroffen sein könnten, deren genaue Verteilung am heutigen Dienstag bekanntgegeben wird.

Ralf Jäger hatte die Kriterien schon im Juli umrissen: In den 182-Millionen-Euro-Hilfstopf sollen die Kommunen einzahlen, die 2013 und in mindestens zwei der letzten vier Jahre ein so hohes Steueraufkommen hatten, dass sie keine Schlüsselzuweisungen vom Land bekommen haben.

Nach Berechnungen der CDU-Opposition im Landtag trifft das auf 60 Kommunen zu: In der Region um Köln müssten nach der Auflistung von CDU-Kommunalex-perte André Kuper etwa Frechen, Odenthal, Wermelskirchen und Wiehl zusammen rund 6,3 Millionen Euro aufbringen. Die Union sieht darin eine „verkehrte Welt“: Diese Kommunen müsste vermutlich ihre Gewerbesteuern erhöhen, um die durch den Soli entstandenen Verluste auszugleichen.

Innenminister Ralf Jäger will die wütenden Bürgermeister mit einer Werbe-Tour durchs Land besänftigen und sich die Beschwerden in den Städten und Kreisen anhören. Am Mittwoch beginnt er in Neuss, einen Tag später ist er im Kreis-haus Olpe zu Besuch. Viel Spaß dürfte er bei dieser Reise nicht haben.

„Wer spart, wird bestraft, wer nicht spart, bekommt zusätzliches Geld

Oppositionspolitiker
Kai Abruszat (FDP)

nen Euro einsammeln, um die finanzschwächsten Kommunen zu unterstützen. Von den Millionen profitieren alle Städte, die Teilnehmer am Stärkungspakt Stadtfinanzen sind – einem Hilfsprogramm der Landesregierung, mit dem die am höchsten verschuldeten Ge-

Die Zahler nach CDU-Berechnungen

Nach Angaben der CDU-Fraktion muss die Stadt Monheim (Kreis Mettmann) mit rund 45,6 Millionen Euro den höchsten Anteil am Soli-Topf zahlen. Danach folgen Düsseldorf (29 Millionen Euro), Ratingen (Kreis Mettmann, 8,4 Millionen Euro), Straelen (Kreis Kleve, 7,9 Millionen Euro), Verl (Kreis Gütersloh, 7,5 Millionen Euro), Burbach (Kreis Siegen-Wittgenstein, 6,1 Millionen Euro), Langenfeld (Kreis Mettmann, 5,8 Mil-

lionen Euro) und weitere Städte. Zahler aus der Region: Im Rhein-Erft-Kreis trifft es demnach Frechen (2,1 Millionen Euro). Im Oberbergischen Kreis gehört Wiehl (3,4 Millionen Euro) zu den Zahlern, im Rheinisch-Bergischen-Kreis sind es Odenthal (0,3 Millionen Euro) und Wermelskirchen (0,5 Millionen Euro), im Rhein-Sieg-Kreis Bad Honnef (0,3 Millionen Euro) und Meckenheim (0,7 Millionen Euro). (kla)